

# DIE LINKE.

## im Erzgebirgskreis

SOZIALISTISCHES INFO-BLATT

Mai 2023

Nummer 182

### Das Deutschlandticket, wirklich ein Ticket für die Menschen?



Ging zur Buchmesse in Leipzig noch nicht zu benutzen

Das Deutschlandticket, oder im Sprachgebrauch 49 € Ticket, wurde nun endlich nach langem Hin und Her zum 01.05.2023 eingeführt. Wir erinnern uns. Nach dem Erfolg des 9 € Tickets im letzten Jahr, gab es in der Berliner Politik ganz schnell die Idee, ein Nachfolgeprodukt auf den Markt zu werfen. Das wurde mit viel Getöse, noch mehr Versprechungen und ganz viel positiven Elan in die Bevölkerung kommuniziert. Ziel war es, dass der Tarifschunzel der Deutschen Bahn und der Verkehrsverbände ausgemistet wird und dass es ein Angebot gibt, mit dem am Ende jeder preisgünstig durchs Land fahren kann. Als Einföhrungstermine wurden zuerst der 01.01.2023, dann der 01.04.2023 genannt. Geworden ist es am Ende der 01.05.2023. Das sagt schon vieles.

Das Deutschlandticket ist ein Abo Ticket, das heißt, wer einmal einen Vertrag abschließt, erhält jeden Monat eine Verlängerung seines Tickets, da der Zahlungsverkehr bargeldlos durch Abbuchung erfolgt. Erst nach expliziter Kündigung kann der Vertrag wieder beendet werden. Da die Bundesregierung in ihrem Gesetz festgelegt hat, dass es das Deutschlandticket nur in elektronischer Form gibt, werden ganze Personengruppen ausgegrenzt.

Elektronische Form heißt, entweder per APP auf dem Smartphone oder eine Chipkarte vom Verkehrsverbund. Da der für uns zuständige ZVMS kein Chipkartensystem betreibt und die Einführung eines solchen bis zum 01.05.2023 weder zeitlich noch finanziell durchführbar ist, fällt das System Chipkarte im Erzgebirge schon einmal aus. Beim System APP auf dem Smartphone bleiben ganz viele ältere Bürgerinnen und Bürger auf der Strecke, weil sie gar kein Smartphone besitzen. Für mich ein typischer Fall von Altersdiskriminierung per Gesetz. Es gibt aber noch eine zweite Gruppe Menschen, die ausgegrenzt werden und das sind Menschen mit negativen Schufa Einträgen. Grund ist, dass bei Antragstellung für diesen Abo Vertrag automatisch eine Schufa Anfrage erfolgt. Fällt diese negativ aus, wird kein Ticket ausgestellt. Diese Anfrage wird übrigens bei allen anderen Abo Verträgen auch durchgeführt. Alles in allem werden Teile der Gesellschaft vom Gesetzgeber einfach per Gesetz schon ausgeschlossen. Da reden wir noch nicht einmal über das gesamte Themenfeld Bustaktung oder neue Buslinien im Erzgebirge.

Interessant ist auch die Verrechnung der Umsätze für das Deutschlandticket. Im Jahr 2023 bekommt das Verkehrsunternehmen die Umsätze gutgeschrieben, bei dem das Ticket gekauft wird. Das sind traditionell die Deutsche Bahn und die Verkehrsgesellschaften der Großstädte. Diese bieten auch die entsprechenden online Portale an. Viele Erzgebirger werden ihr Ticket online buchen. Der VMS hat dazu auch ein entsprechendes Portal geschaltet. Es wird durch diese Art der Verrechnung dazu kommen, dass einige Verkehrsunternehmen hohe Einnahmen generieren, andere dafür weniger, aber die Kosten für die Beförderung verbleiben weiterhin in den Regionen. Das Gesetz schreibt übrigens ab 2024 eine Verrechnung auf das Verkehrsunternehmen vor, wo der jeweilige Nutzer wohnt. Die Daten sind auf Grund des Abo Vertrages bekannt. Die Preisfrage ist, warum es für 2023 anders geregelt wurde als für die Folgejahre.

Zum Thema Ausmisten des Tarifdschungels ist nicht viel zu sagen. Das Ausmisten findet nicht statt, da das Ticket nur für den Regionalverkehr und eben nicht auch für ICE etc. Gültigkeit hat. Zusätzlich haben schon verschiedene Bundesländer erweiterte Regelungen getroffen zum Thema Mitnahme zusätzlicher Personen, Tiere, Fahrräder usw.. Spannend wird es wohl werden, wenn man mit einem Regionalzug von einem Bundesland mit Fahrradmitnahmeerlaubnis in ein Bundesland ohne Fahrradmitnahmeerlaubnis fährt. Wahrscheinlich muss dann das Fahrrad an der Landesgrenze ausgeladen werden. Der Tarifdschungel wird nicht kleiner, im Gegenteil er wird noch viel größer werden.

Zu einem neuen Ticket in elektronischer Form oder Chipkarte, gehört natürlich auch ein ordentliches Kontrollsystem. Dazu werden z.B. in allen Bussen der RVE zusätzliche Lesegeräte installiert, damit die APP Daten oder die Chipkarte (die es bei uns gar nicht gibt) eingelesen werden können. Diese zusätzlichen Ausgaben werden zwar durch den Bund entsprechend ausgeglichen, nur wird eben nicht daran gedacht, dass der Markt sowohl bei Chipkarten, als auch bei den Lesegeräten leergefegt ist. Klingt irgendwie logisch, wenn es alle machen müssen.

Alles in allem passt die Einführung des Deutschlandtickets voll in das Chaos dieser Bundesregierung. Es werden plakative Versprechungen gemacht, ohne zu sagen wie die Umsetzung und Finanzierung aussieht. Bis jetzt ist im Gesetz nur eine Finanzierung bis Ende 2025 geregelt. Wie es dann danach weiter geht, weiß niemand. Dumm nur, dass die nächste Bundestagswahl erst 2025 stattfindet, die Verkehrsunternehmen aber nicht so lange mit ihren Finanzplanungen warten können, bis dann vielleicht eine neue Bundesregierung wieder ganz neue noch viel tollere Ideen entwickelt, die dann ebenfalls wieder nicht ausgegoren sind. Die Einführung des Deutschlandtickets wird auch uns Kreisräte spätestens bei den Jahresabschlüssen der RVE wieder einholen. Zum Glück wurde schon eine gewisse Risikofürsorge betrieben. Ob diese ausreichend ist, müssen wir sehen.

In diesem Sinne, Deutschlandticket, gute Idee, schlecht gemacht und diskriminierend obendrein.

Holger Zimmer

Es ist ein großer Unterschied, ob ich lese zu Genuss und Belebung oder zu Erkenntnis und Belehrung. GOETHE

## Glück Auf! Rohstoffwende in Europa und Sachsen

Energiewende, digitale Transformation, Antriebswende im Verkehr, Ausbau der Gesundheitsversorgung - viele Vorhaben sind auf eine Vielzahl von Rohstoffen angewiesen.

Windturbinen und viele Geräte im Gesundheitsbereich kommen nicht ohne Permanentmagneten aus, die diverse seltene Erden enthalten. Batterieelektrische Fahrzeuge sind im Durchschnitt auf 9kg Kobalt angewiesen, Mobiltelefone enthalten bis zu 50 Metalle.

Der Rohstoffbedarf wird in Zukunft massiv steigen, an Lithium soll bis 2040 das zweiundvierzigfache benötigt werden. Der steigende Rohstoffbedarf bringt einige Probleme mit sich. Zum einen gelten viele dieser Rohstoffe heute als kritisch. Das bedeutet, dass die Versorgung nicht immer gewährleistet ist. Die Covid-19-Pandemie, geopolitische Konflikte und eine verstärkte internationale Standortkonkurrenz haben zuletzt immer wieder für Unterbrechungen der Rohstoff-Lieferketten gesorgt. Zweitens führt der steigende Bedarf zu mehr Bergbau und damit zu teils schwerwiegenden Eingriffen in die Umwelt. Insbesondere in Minen mit schlechten Standards kann es zur Kontaminierung von Böden, Gewässern und Grundwassers kommen, oftmals geht entsprechenden Bergbauvorhaben eine Entwaldung voraus.

### Problematische Lieferketten

Ebenfalls sind Lieferketten im Rohstoffbereich anfällig für Menschenrechtsverletzungen. So kamen 2022 über 70% des global geförderten Kobalts aus Minen der Demokratischen Republik Kongo. Dort gibt es Kinderarbeit, Ausbeutung und verheerende Arbeitsunfälle.

Die Europäische Kommission will nun eine „Europäische Verordnung zu Kritischen Rohstoffen“ erlassen. Strategische Abhängigkeiten im Rohstoffbereich sollen reduziert und die Versorgung mit diesen Rohstoffen sichergestellt werden, indem Rohstoffketten - von der Förderung über die Verarbeitung bis hin zum Recycling - verstärkt in Europa verortet werden. Für sogenannte Strategische Projekte sollen beschleunigte Genehmigungsverfahren und Förderung mit öffentlichen Mitteln möglich sein.

Sachsens Regierung will nach seiner Rohstoffstrategie das Erzgebirge zu einer „europäische[n] Modellregion für modernen Bergbau“ machen. Mein Hauptaugenmerk liegt allerdings auf der Förderung der Kreislaufwirtschaft, auf Substitution und Nachfragereduktion. Umwelt- und Menschenrechte dürfen durch beschleunigte Genehmigungsverfahren nicht ausgehebelt werden. Die Öffentlichkeit ist immer an den Planungsprozessen zu beteiligen. Schließlich: Gute Arbeitsbedingungen sind die zentrale Voraussetzung sein, damit neue Projekte mit öffentlichen Mitteln gefördert werden!



Schicht im Schacht. 1991 endete der Zinnabbau im sächsischen Altenberg. Ab 2025 soll nun wieder gefördert werden. Diesmal Lithium.

*Cornelia Ernst, MdEP*

## Krankenhaussterben durch Systemwechsel verhindern

Mit Blick auf den Bundestag fallen derzeit regelmäßig Schlagzeilen zur Krankenhauspolitik ins Auge. Neben den aktuellen Tarifkämpfen für eine faire und gerechte Aufwertung von Löhnen im Gesundheits- und Pflegebereich auch im Angesicht der steigenden Preise, steht zunehmend die Debatte um einen Systemwechsel in der Krankenhausfinanzierung im Mittelpunkt. Verbunden sind damit Sorgen und Ängste über den Fortbestand vieler Krankenhäuser vor Ort.

Unsere Partei DIE LINKE vertritt von jeher ganz grundsätzlich die Auffassung, Gesundheit nicht als Ware zu behandeln. Auch die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass sich die Krankenhausversorgung vom Grundsatz her am Gemeinwohl und nicht an Gewinnen ausrichten sollte.

Deshalb treten auch unsere Abgeordneten der Linksfraktion im Bundestag gegen die Kommerzialisierung von Krankenhäusern ein und für gesundheitspolitische Entscheidungen, die sich an einer sach- und bedarfsgerechten Daseinsvorsorge und kostendeckenden Finanzierung der Krankenhäuser orientieren. Die derzeitige Finanzierung der Krankenhäuser durch diagnoseorientierte Fallpauschalen (DRGs) führt nach Einschätzung der LINKEN zu Fehlanreizen und schadet sowohl der Versorgung der Patienten als auch den Arbeitsbedingungen des Krankenhauspersonals. Ates Gürpınar der Sprecher unserer Fraktion für Krankenhaus- und Pflegepolitik spricht sich regelmäßig für eine gerechtere Finanzierung der Krankenhäuser und eine Stärkung des öffentlichen Gesundheitswesens aus. Gürpınar stellte erst Mitte März diesen Jahres kritisch fest, dass zwar selbst die Regierungskommission unter Karl Lauterbach die Fallpauschalen für gescheitert hält, diese aber weiterhin in Kraft bleiben. Trotz Lauterbachs revolutionärer Rhetorik sollen sie nach bisherigen Plänen nur geringfügig reformiert werden. Nach Ansicht der Linken ist es jetzt dringend erforderlich, dass die Bundesregierung schnell handelt und die Fallpauschalen bis zur Umsetzung der geplanten Krankenhausreform aussetzt. Bis dahin sollten die Krankenhäuser auf kostendeckender Basis finanziert werden, sodass Verluste ausgeglichen und Gewinne zurückgezahlt werden müssen. Andernfalls werden notwendige Strukturen aufgrund finanzieller Probleme noch vor der eigentlichen Reform zusammenbrechen. Die Verantwortung dafür liegt allein beim Bundesgesundheitsminister, der die Krankenhäuser derzeit sehenden Auges in eine Sackgasse manövriert, ist sich Gürpınar sicher.

Bereits im Januar 2021 in der letzten Legislatur beschrieb unsere Fraktion in einem Antrag an den Bundestag (Drucksache 19/26168) wie sie sich einen Systemwechsel in der Finanzierung für die Krankenhäuser vorstellt. Demnach sei es erforderlich, dass die Ermittlung des Bedarfs an stationärer Versorgung bundesweit auf eine wissenschaftliche Grundlage gestellt wird. Gemäß dem Krankenhausgesetz (KHG) darf der Bedarfsermittlung im stationären Bereich nur der tatsächliche Versorgungsbedarf zugrunde gelegt werden. Die Bedarfsplanung sollte auf kleiner Ebene organisiert werden, um das bestmögliche medizinische, therapeutische und pflegerische Versorgungsangebot vor Ort zu ermitteln. Die strikte Unterscheidung zwischen ambulanten, stationären und pflegerischen Sektoren sollte schrittweise zugunsten einer sektorenübergreifenden Bedarfsplanung aufgehoben werden. Um eine patientenorientierte Versorgung zu gewährleisten, sind neue Therapieangebote im ambulanten Bereich erforderlich, um das Krankenhaus zu ersetzen. Es ist auch wichtig, dass Krankenhäuser stärker in das ambulante Leistungs-geschehen einbezogen werden. Der Landeskrankenhausplan kann hierbei als Rahmenplanung dienen. Die weitere Ausgestaltung sollte demokratisiert und weitgehend auf die regionale Ebene verlagert werden. Die Beteiligten vor Ort sollten durch Gesundheitskonferenzen einbezogen werden.

Eine öffentlich organisierte und bedarfsgerecht finanzierte Krankenhausversorgung erfordert, dass die Länder in der Lage sind, eine flächendeckende Krankenhausinfrastruktur zu sichern und für Neuanschaffungen, An- und Umbauten sowie Modernisierungen die erforderlichen Mittel bereitzustellen. Trotz der Verpflichtung der Bundesländer zur Übernahme der Investitionskosten in Krankenhäusern sind die Investitionen der Länder in den vergangenen Jahrzehnten ständig zurückgegangen. In vielen Krankenhäusern ist ein großer Investitionsstau entstanden, der die Krankenhausplanung beeinträchtigt. Jährlich fehlen rund 3 Milliarden Euro Investitionsmittel, die derzeitigen Landesinvestitionen sind seit vielen Jahren auf einem niedrigen Niveau. Der Stau kann mittelfristig nicht allein von den Bundesländern behoben werden, der Bund muss sich zeitweilig an zukünftigen Mehraufwendungen der Länder beteiligen.

Marko Forberger

### Wesentliche Punkte der Linksfraktion zur Debatte:

- Die Finanzierung der Krankenhäuser steht im Gegensatz zu den sozialstaatlichen Grundsätzen des Krankenhausfinanzierungsgesetzes.
- Das DRG-System untergräbt das oberste Prinzip des KHG und führt zu Fehlanreizen und negativen Auswirkungen.
- Die erlörorientierte finanzielle Steuerung der Krankenhäuser führt zu Problemen bei der Versorgung der Patientinnen und Patienten sowie bei den Arbeitsbedingungen der Beschäftigten.
- Der Zwang zur Kostensenkung führt zu einer massiven Überlastung und Ausdünnung des Personals.
- Die Kommerzialisierung der Krankenhäuser wird auf die Spitze getrieben und die Privatisierung von Krankenhäusern ist ein Irrweg.
- Eine sozialstaatliche und gemeinwohlorientierte Gesundheitspolitik muss die marktwirtschaftlichen Mechanismen und erlörorientierten Verhaltensweisen der Krankenhäuser zurückdrängen.



Foto:Olaf Krostitz

Ates Gürpınar, Krankenhaus- und Pflegepolitische Sprecher der Linksfraktion im Bundestag

### Bericht über die Arbeit des Kreisvorstandes

Im April hat der Kreisvorstand einmal online getagt und eine Beratung gemeinsam mit den Ortsvorsitzenden abgehalten.

Unser Schatzmeister, Frank Deckert, konnte mitteilen, dass unser Jahresabschluss 2022 bestätigt wurde. Danke an alle Beteiligten!

Wichtig war für uns die Auswertung der beiden Regionalkonferenzen, die unter dem Thema der Vorbereitung der Kommunalwahlen 2024 standen. Gemeinsam mit den Ortsvorsitzenden wurden drei Papiere, die im Ergebnis der beiden Konferenzen erarbeitet wurden:

- zur inhaltlichen Ausrichtung
- zu organisatorischen Aufgaben
- zur Kandidatengewinnung diskutiert.

Nun müssen wir in den Ortsverbänden unsere jeweiligen Untersetzungen diskutieren. Unsere Kreiszeitung Juli wird dazu mehr beinhalten. Sowohl zum Inhalt als auch zur Organisation arbeitet ebenfalls jeweils eine Arbeitsgruppe auf Landesebene (unsere Vertreterinnen: Inhalt – Barbara Drechsel, Organisation – Andrea Schrutek).

Am 04.04.23 fand in Hohenstein-Ernstthal, die auch von uns intensiv mit vorbereitete Betriebs- und Personalrätekonferenz, statt. Fazit: Dranbleiben am Thema.

Unsere AG Soziales hat inzwischen 3x den Film „Der junge Marx“ vorgeführt. Bestimmt kann dieser Film auch weiter gezeigt werden.

Nochmals hat sich der Kreisvorstand mit unserer Beteiligung an Veranstaltungen zum 01. Mai in Annaberg-Buchholz und Aue-Bad Schlema beschäftigt. Wir werden ebenfalls zum 08. Mai unsere traditionellen Ehrungen durchführen.

Am 31.05.23 kommt unser Landesvorsitzender, Stefan Hartmann, ab 18.00 Uhr nach Aue-Bad Schlema in die Geschäftsstelle.

Die Zuwendungsbescheide über Mitgliedsbeiträge und Spenden 2022 wurden direkt über die Landesgeschäftsstelle versendet. Wer dazu Fragen hat, bitte an Andrea Schrutek oder direkt an die Landesgeschäftsstelle (Tel.: 0351 85327-0) wenden.

Barbara Drechsel

## **Im Osten gibt es nur Kommunisten oder Faschisten? Eine Positionierung zu Aussagen des Springer-Chefs Döpfner über Ostdeutschland.**

Gewöhnlich sind es Reporter der BILD-Zeitung, die im Privatleben von Prominenten herumschnüffeln. Nun hat sich der Spieß einmal umgedreht. Es wurden Privatnachrichten von Mathias Döpfner, dem Vorstandsvorsitzenden des Axel-Springer-Konzerns, veröffentlicht. Was die Öffentlichkeit erfahren hat, ist eigentlich nicht überraschend, aber trotzdem erschreckend: Der Mann, der seine Journalisten regelmäßig Kampagnen gegen Linke, gegen Muslime und gegen Klimaaktivisten führen lässt, äußert sich privat verächtlich gegen Linke und Muslime und bezeichnet die drohende Klimakatastrophe als Segen. Hasserfüllt redet er aber auch über Ostdeutsche: „Die Ossis sind entweder Kommunisten oder Faschisten. Dazwischen tun sie es nicht. Eklig“, kann man da lesen. Oder: „Meine Mutter hat es schon immer gesagt. Die Ossis werden nie Demokraten. Vielleicht sollte man aus der ehemaligen DDR eine Agrar- und Produktionszone mit Einheitslohn machen.“ Meine Damen und Herren, jemand der insgeheim so denkt, der sollte nicht eines der wichtigsten Medienhäuser Deutschlands führen!

Eigentlich sollen Journalisten Politiker kritisieren und nicht umgekehrt. Aber Mathias Döpfner benutzt seine Medienmacht, um in der Politik mitzumischen, und muss sich deshalb auch politische Kritik gefallen lassen. Der Mann, der Ostdeutsche über Demokratie und Marktwirtschaft belehren will, verdankt sein Milliardenvermögen einem Aktienpaket, das ihm die Witwe von Axel Springer geschenkt hat. Wegen eines Schlupflochs im Steuerrecht musste Döpfner für Aktien im Wert von einer Milliarde keinen Cent Schenkungssteuer bezahlen. Vor der vergangenen Bundestagswahl hat Döpfner dann seine Redaktion angewiesen, die FDP zu stärken – die Partei der Besserverdienenden, die dagegen kämpft, dass hohe Einkommen und Vermögen angemessen besteuert werden. Ein merkwürdiger Zufall! Wir LINKE kämpfen hingegen für Steuergerechtigkeit. Kein Wunder, dass Mathias Döpfner sich intern für die Wahl des FDP-Mannes Thomas Kemmerich zum Ministerpräsidenten von Thüringen mit den Stimmen der AfD ausgesprochen hat. Es ging ja darum, die erfolgreiche rot-rot-grüne Landesregierung des LINKEN Ministerpräsidenten Bodo Ramelow zu stürzen. Gut, dass das nicht gelungen ist!

Es geht uns aber um mehr als nur um die Verfehlungen eines mächtigen Mannes. Mathias Döpfner ist nur ein Beispiel der Bundesrepublik noch sitzen, die von Ostnung und für die Ost haben. Ostdeutsche Positionen hingegen der Vereinigung noch in der Wirtschaft genauer der Justiz, der Wissen- Und das sogar in den ländern selbst!

Wer über dieses inzwischen oft gesagt: sind doch längst ein über Unterschiede zu



dafür, dass in den Eliten immer zu viele Leute deutschland keine Ah- deutschen nichts übrig- selbst sind in den Spit- auch dreißig Jahre nach immer kaum vertreten – so wie in der Verwaltung, schaft und der Kultur. ostdeutschen Bundes-

Thema spricht, dem wird Ost- und Westdeutsche Volk, hört endlich auf, sprechen! Aber es sind

meistens diejenigen, die von der Ungerechtigkeit profitieren, die nicht über sie reden wollen. Das gilt für die Ungleichheit zwischen Arm und Reich, die zwischen Frauen und Männern und die zwischen Ost und West. Die Gesellschaft wird von denen gespalten, die Ungleichheit verschweigen, nicht von denen, die sie kritisieren! Wir LINKEN kämpfen schon immer gegen die Missachtung und Benachteiligung der Ostdeutschen – weil wir gegen Ungerechtigkeit kämpfen, wo auch immer sie sich zeigt.

Schon 2019 haben wir als Linksfraktion im Sächsischen Landtag einen Antrag gestellt, um die Nachwendezeit in Ostdeutschland kritisch aufzuarbeiten. Die Chance auf eine gleichberechtigte Vereinigung der beiden deutschen Staaten durch eine neue, gemeinsame Verfassung wurde 1990 vertan. Die Regierung von Helmut Kohl hat stattdessen die ökonomische Zwangslage und die Hoffnungen der Ostdeutschen auf Wohlstand ausgenutzt, um einen schnellen Beitritt der DDR durchzusetzen. Die westliche Dominanz hatte Folgen. Die Treuhand schloss die ostdeutschen Betriebe oder verscherbete sie an westliche Investoren, Ostdeutsche hatten kaum eine Chance, selbst Kapital zu erwerben. Die Deindustrialisie-

Deindustrialisierung kostete Millionen ihren Arbeitsplatz, neue Jobs entstanden vielfach nur im Niedriglohnbereich. Das Prinzip „Rückgabe vor Entschädigung“ raubte vielen Ostdeutschen auch noch Haus oder Wohnung. Die Folgen dieser großen Enteignung sind bis heute spürbar. Man kann sie zum Beispiel im jüngsten sächsischen Sozialbericht nachlesen: Das durchschnittliche Geldvermögen der sächsischen Haushalte ist 17000 Euro niedriger als der Bundesdurchschnitt, das Immobilienvermögen ist nicht einmal halb so groß! Fast jeder fünfte Sachse besitzt überhaupt kein Vermögen! Solange sich an dieser Ungleichheit nichts ändert, muss man sich nicht darüber wundern, dass Ostdeutsche sich als Bürger zweiter Klasse fühlen.

Die Vergangenheit lässt sich nicht ungeschehen machen, aber Ost- und Westdeutsche können gemeinsam dafür sorgen, dass die Zukunft gerechter wird. Nicht nur die Stimmen der Ostdeutschen müssen gehört werden, sie müssen endlich auch in den Führungspositionen der Republik angemessen vertreten sein. Die LINKE hat zahlreiche Vorschläge, wie auch die materielle Benachteiligung abgebaut werden kann: Wir brauchen höhere Renten und eine Kindergrundsicherung, die ihren Namen verdient – finanziert durch eine Besteuerung von großen Vermögen und Einkommen. Wir kämpfen für ein Vergabegesetz und mehr Tarifbindung, damit endlich auch in Sachsen überall gerechte Löhne gezahlt werden.

Für den Ostverächter Mathias Döpfner gehören Faschisten und Sozialisten offenbar in die gleiche Kategorie – ja, er zieht die Faschisten den Sozialisten sogar vor. Wir LINKEN unterscheiden uns von der Rechtsaußenpartei AfD ganz deutlich, wenn wir uns für die Interessen der Ostdeutschen einsetzen: Wir werden niemals eine Gruppe von Benachteiligten gegen eine andere ausspielen.

Rico Gebhardt

### Linksjugend trifft sich zu ihrem Plenum

Vom 21.04. (17.00 Uhr) bis zu 23.04.23 (13.00Uhr) fand das erste Landesjugendplenum (Sachsen) für dieses Jahr statt.

Das Landschulheim in Olganitz bot dafür richtig coole Bedingungen.

Die vorgeschlagene Tagesordnung versprach ein intensives Wochenende. Natürlich konnten viele neue Kontakte geknüpft werden. Unserer Basis-

gruppe der Linksjugend Erzgebirge war mit 3 Mitgliedern vertreten.

Wahrscheinlich, wie bei jeder Veranstaltung, mussten zuerst Geschäftsordnungsfragen diskutiert und beschlossen werden. Naja, man muss schon beschließen, wie miteinander umgegangen werden soll, deshalb war für uns auch wichtig, dass ein Awareness Team beschlossen wurde. Es hatte aber über das Wochenende keine Einsätze und das war gut so. Man kann ja heftig diskutieren und sich trotzdem weder beleidigen, beschimpfen oder belästigen.

Neben mehreren Wahlen, u.a. für den Landesparteitag der LINKEN, nahmen die Workshops inhaltlich den wesentlichen Teil des Plenums ein. Welche Gedanken, ja Forderungen gibt es seitens der Linksjugend für die Wahlkämpfe 2024? In mehreren Gruppen haben wir uns mit den Themen Bildung, Arbeitswelt, Antifa, Klima, Feminismus und LGBTQ beschäftigt.

Details in den nächsten Ausgaben der Kreiszeitung.

Vicky, Finn und Leon



Herausgeber: DIE LINKE. Kreisverband Erzgebirge  
 Vi.S.d.P.: Wolfram Dittmann  
 Spenden für DIE LINKE.Erzgebirge oder für die Zeitung "DIE LINKE im Erzgebirgskreis"  
 (Spendenempfehlung 10 Euro Jahresbeitrag)  
 Konto: DIE LINKE, Erzgebirge  
 IBAN: DE 56 870 54 000 33 29 000 456  
 Sitz des Kreisvorstandes:  
 Kirchstraße 5 in 08280 Aue-Bad Schlema  
 Tel: 03771 / 2 22 17  
 Internet: [www.dielinke-erzgebirge.de](http://www.dielinke-erzgebirge.de)  
 Meinungen und Post an uns unter  
[redaktion.erzgebirge@dielinke-sachsen.de](mailto:redaktion.erzgebirge@dielinke-sachsen.de)  
 Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen. Leserbriefe und Zuschriften sind ausdrücklich erwünscht.  
 Redaktionsschluss der kommenden Ausgabe ist der 24. Mai 2023

## Kinder gehören nicht in den Knast! Zur Debatte um die Herabsetzung der Strafmündigkeit

Wo gesellschaftliches und politisches Versagen in Gewalt kulminiert, kann man aus der rechten Ecke zuverlässig auf den Wunsch nach härteren Strafen warten. Im Falle der jüngsten Gewalttat in Freudenberg hat es nicht lange gedauert, bis die AfD mit einem populistischen Antrag zur „Bekämpfung von schwerer Kinderkriminalität“ im Bundestag auf der Matte stand und sich in der Antragseinbringung selbstverständlich auch die übliche fremdenfeindliche Hetze nicht verkneifen konnte. Der brutale Mord an dem 12-jährigen Mädchen aus Freudenberg ist entsetzlich und kaum in Worte zu fassen. Einzelne Gewalttaten allerdings zum Anlass zu nehmen, um vor-schnell nach Strafschärfungen bzw. einer Herabsetzung der Strafmündigkeit zu rufen, sind meines Erachtens jedoch der falsche Weg. Denn noch wissen wir kaum etwas über das genaue Tatgeschehen, die Tatmotive oder die mentale Verfassung der Täterinnen. Das ist aus Jugendschutzgründen auch richtig so. Hinzu kommt, dass Kinder unter 14 Jahren, die strafrechtlich in Erscheinung treten, zwar straffrei sind. Doch der Ausschluss von strafrechtlichen Maßnahmen bedeutet nicht, dass strafunmündige Täter:innen überhaupt keine Konsequenzen für ihre Gewalttaten zu befürchten haben. Für solche Fälle sind erzieherische Maßnahmen nach dem Kinder- und Jugendhilferecht bzw. dem Familienrecht vorgesehen und ausreichend. Bei psychischen Störungen kann vom Gericht eine Unterbringung in einer Kinder- und Jugendpsychiatrie angeordnet werden. Unter bestimmten Voraussetzungen ermöglicht das Gesetz sogar, straffällig gewordene Kinder in einem Heim oder einer Pflegefamilie unterzubringen und folglich das Sorgerecht der Eltern für ihr Kind zu entziehen.

### Ursachen bekämpfen

Vielmehr sollten wir über die Bekämpfung der Ursachen solcher Taten und über bessere

Gewaltprävention sprechen. Mehr pädagogische Fachkräfte an Schulen und Einrichtungen für Jugendliche, psychologische Betreuung, wachsame (Vertrauens-)Lehrkräfte, regelmäßiger Austausch mit Erziehungsberechtigten,

bessere Ausstattung des Jugendamtes, Aufklärung über Gewalt/Mobbing sind z. B. die richtigen und notwendigen Mittel, um Gewalt zu verhindern. Kinder gehören nicht in den Knast! Der Deutsche Kinderschutz sieht das übrigens genauso. Anders als die AfD behauptet, ist die Zahl schwerer Straftaten durch sehr junge Menschen zurückgegangen. Es ist zudem hinreichend bekannt, dass härtere Strafen niemals Taten an sich verhindern können.

*Clara Bünger, MdB*



Gewalterfahrung durch Mobbing hat ein hohes Eskalationspotenzial. Auch bei Kindern und Jugendlichen.  
Bildnachweis: Anne Garti/pixelio.de